

Führungseliten sich mehr und mehr von ihren Völkern entfremdet haben und nur durch die Stärke und den Einfluß der USA an der Macht halten können.

Für die USA stellt Israel ein Teil des nationalen Interesses dar. Sie sehen Israel als Bollwerk gegen den arabischen Nationalismus an. Israel ist eine wichtige Stütze der westlichen Dominanz in dieser Region. Die Palästinenser dagegen haben für die USA nur einen negativen Wert, weil sie durch ihren legitimen Widerstand immer wieder arabischen Nationalismus anstacheln.

Warum steht es also nicht zum Besten mit dem „Friedensprozeß“? Die Abkommen haben zur Ghettoisierung und Bantustanisierung der Palästinenser beigetragen, sie quasi vertraglich festgeschrieben. Die Palästinenser müssen sich für eine längere Zeit in ihren Zonen einrichten. Daß sie einen zusammenhängenden Staat bekommen werden, ist in den Abkommen nicht vorgesehen. Sie haben mit den Verträgen den Siedlungen eine Legitimität gegeben, die sie vor-

her nie hatten. Ihr Ausbau hat sich nach Oslo beschleunigt, ebenso die Enteignung palästinensischen Landes. Auch das Flüchtlingsproblem hat aufgehört eine Frage des Völkerrechts zu sein, sondern muß bilateral geregelt werden.

Die palästinensische Gesellschaft ist auf dem Weg zu ihrer Militarisierung. Arafat errichtet ein autoritär-diktatorisches Regime. Er muß auf Druck Israels immer rücksichtsloser die ihm vorgeschriebene Sicherheitsagenda gegenüber seiner eigenen Bevölkerung durchsetzen, was auf Kosten der Demokratie und der Menschenrechte geht. Letztere bleiben sowohl in den von Israel besetzten Gebieten als auch in den Autonomiegebieten bei diesem „Friedensprozeß“ auf der Strecke. Wenn Israel wirklich Frieden in der Region will, führt dieser nur über einen unabhängigen Palästinenserstaat, der diesen Namen auch verdient, und nicht über ein „Bantustan“. Die weitere Demütigung, Strangulierung und Entrechtung der Palästinenser kann nur in der Katastrophe enden.

Ludwig Watzal

„Das uns Eigene sagen“

Ein Gespräch mit Bischof Wolfgang Huber

In bezug auf die öffentliche Wirksamkeit und Präsenz der Kirchen gibt es unterschiedliche Erwartungen, innerhalb der Kirchen selbst wie auch in der Gesellschaft. Wie können die Kirchen ihre öffentliche Verantwortung verstehen, wie sollen sie sie nach außen erklären und wahrnehmen? Darüber sprachen wir mit dem Bischof der evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Wolfgang Huber. Die Fragen stellte Alexander Foitzik.

HK: Herr Bischof Huber, den Kirchen begegnet derzeit eine merkwürdig widersprüchliche Erwartungshaltung, wenn es um ihre öffentliche Verantwortung geht. Auf der einen Seite findet beispielsweise das gemeinsam von beiden großen Kirchen in Deutschland veröffentlichte Wirtschafts- und Sozialwort breite Resonanz in der Öffentlichkeit. Andererseits ist man schnell zur Hand mit dem Vorwurf der Kompetenzüberschreitung und der Einmischung in fremde Zuständigkeiten, wenn die Kirchen zu aktuellen politischen Fragen Stellung beziehen. Wie läßt sich dieser Widerspruch erklären, oder täuscht nur der Eindruck?

Huber: Es gibt eine offenkundige Spannung zwischen den Anforderungen, die an die Kirchen auch hinsichtlich ihrer öffentlichen Wirksamkeit und Präsenz gestellt werden, und einer verbreiteten Gleichgültigkeit gegenüber dem, was die Kirche Spezifisches zu sagen hat. Diese spannungsvolle Erwartungshaltung aber ist nicht ganz neu. Sie verbindet sich mit einer insgesamt veränderten öffentlichen und politischen Wahrnehmung der Kirchen nach 1989. Wir haben in Deutschland in diesen acht Jahren einen weiteren Säkularisierungsschub, eine neue Stufe der Entkirchlichung erlebt.

Bevor man jedoch beklagt, daß die Öffentlichkeit in einer nicht überzeugenden Art und Weise auf diese neue Situation reagiert, müssen wir zuerst fragen, wie wir als Kirchen mit dieser Situation umgehen. Kritische Überlegungen zur öffentlichen Wahrnehmung der Kirche haben erst dann Überzeugungskraft, wenn wir uns als Kirchen zunächst einmal darüber verständigen, wie wir selbst unsere öffentliche Verantwortung begreifen.

„Die Kirchen dürfen nicht zu häufig intervenieren“

HK: Haben die Kirchen in jüngster Zeit zu schnell die Schuld bei anderen gesucht? Fehlt ihnen nicht auch selbst die nötige Bestimmtheit und Klarheit darüber, wie sie ihre Aufgaben in Gesellschaft und Politik wahrnehmen sollen und können?

Huber: Die letzten Jahre scheinen mir zumindest durch Orientierungsunsicherheiten darüber geprägt. Das Jahr 1997 dagegen hat zu den Fragen der öffentlichen Verantwortung

der Kirchen einiges an Klärung und Verdeutlichung gebracht – auch im ökumenischen Miteinander der beiden großen Kirchen in Deutschland. Mit einigem zeitlichem Abstand wird man die drei markanten Äußerungen der Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage, zur Medienethik und zur Migrations- und Ausländerpolitik als Signal dafür werten können. Die entscheidende Klärung – dies gilt besonders für die evangelische Seite – besteht darin, daß sich die Kirche deutlicher bewußt wurde, daß sie öffentliche Interventionen in klarer Weise zurückbeziehen muß auf ihren genuinen Auftrag, auf die Verkündigung und deren Inhalt, daß sie sich also in die öffentliche Debatte mit ihrer spezifischen Kompetenz einbringen muß. Dieser Erkenntnisprozeß kommt dabei nicht ohne Selbstkritik aus: Es gab in der evangelischen Kirche die Tendenz, in Stellungnahmen, mit denen man sich in die plurale Gesellschaft einbringen wollte, auf Elemente spezifisch christlicher Begründung, des christlichen Glaubens und seiner Verkündigung weitgehend zu verzichten. Wir haben in der evangelischen Kirche in den letzten Jahrzehnten ein Stück ‚Selbstäkularisierung‘ erlebt. Gerade aber angesichts der gegenwärtigen Gestalt des Pluralismus wird uns zunehmend bewußt, daß wir das uns Eigene sagen müssen, um gehört zu werden.

HK: Muß sich mit dieser Einsicht auch die Form verändern, in der beide Kirchen, getrennt oder zusammen, ihre öffentliche Verantwortung wahrnehmen? Kommt nun in der evangelischen Kirche nach einer Phase der Kundgebungen und einer der Denkschriften eine neue Phase?

Huber: Wir befinden uns jetzt in einer Phase der organisierten Diskussionsprozesse, in die die Kirchen ihre Stimme in unverwechselbarer Weise einbringen. Und wir befinden uns in einer neuen Phase der ökumenischen Kooperation; denn die Kirchen spüren deutlich, daß sie mit einer Stimme sprechen müssen, wenn sie gehört werden wollen. Ein drittes Merkmal bildet die neue Konzentration der Kirchen auf wichtige Schlüsselthemen. In diesem Jahr gab es eine Ballung öffentlicher Interventionen. Die Kirchen müssen aufpassen, daß sie sich nicht jederzeit zu jedem denkbaren Thema melden. Sie dürfen nicht zu häufig intervenieren. Wenn sie sich aber zu Wort melden, muß dies Gewicht haben. Schließlich ist diese Phase auch dadurch gekennzeichnet, daß ein besonderer Schwerpunkt der kirchlichen Äußerungen auf dem plausiblen Verhältnis zwischen der biblisch-christlichen Begründung und der politischen Konkretion liegt. Auch für Menschen, die der Kirche fernstehen, muß erkennbar und verständlich werden, wie der biblisch-christliche Impuls, von dem wir ausgehen, und die konkreten Vorschläge, die wir vorlegen, zusammenhängen.

HK: Es sind also gerade die grundlegenden theologischen und ethischen Teile, die den besonderen Wert der drei jüngsten Stellungnahmen der Kirchen ausmachen ...

Huber: Ich möchte zumindest für die evangelische Seite unterstreichen, daß wir hier mit dem Wirtschafts- und Sozialwort einen wichtigen Schritt weitergegangen sind. Die theo-

logische Begründung dieses Wortes ist in der öffentlichen Debatte leider unterschätzt und nicht ausreichend wahrgenommen worden. Die Kirchen haben aber auch gemeinsam einen großen Schritt zu einer theologisch plausiblen ökumenischen Soziallehre gemacht. In der gemeinsamen Erklärung „Gott ist ein Freund des Lebens“ waren auch bereits Ansätze, die in diese Richtung führen, zu erkennen. Ich bin zuversichtlich, daß sich aus diesen Schritten etwas Kontinuierliches entwickeln läßt.

„Sprechen, wo es um Grundfragen menschlichen Lebens geht“

HK: Beide Kirchen bringen, was die Formen politischer Einflußnahme, die Wahrnehmung gesellschaftlicher Verantwortung betrifft, recht unterschiedliche Traditionen mit. Werden diese künftig zugunsten eines gemeinsamen öffentlichen Engagements in den Hintergrund gedrängt werden oder spielen sie ohnehin nur noch eine untergeordnete Rolle?

Huber: Da hat sich doch einiges verändert. Soweit man die gegenwärtigen Äußerungen im katholischen Bereich als naturrechtlich fundiert bezeichnen will, liegt doch heute eine ganz andere Naturrechtskonzeption vor als noch vor hundert Jahren zur Zeit von „Rerum novarum“. Und soweit man im Protestantismus davon sprechen kann, daß es eine Zeit gab, in der entweder situationsethisch oder „zwei-Reicheethisch“ argumentiert wurde, ist heute doch deutlich, daß in der ethischen Theoriebildung diese Phase überwunden ist. Unter Protestanten ist dabei nicht mehr strittig, daß auch Prinzipien der ethischen Argumentation hinreichend konkret sein müssen, wenn sie in überzeugender Art und Weise auf eine bestimmte Situation angewandt werden sollen. Auf katholischer wie evangelischer Seite hat sich überdies das Wissen darum verstärkt, welche inspirierende Kraft in biblischen Impulsen liegt, gerade auch in denen des Alten Testaments. In beiden Traditionen wurde damit der Zugang zu einer Denkform erleichtert, wie sie zunächst in der Theologie der Befreiung entwickelt wurde. Daß die evangelische und katholische Kirche in Deutschland jetzt zusammen von der vorrangigen Option für die Armen sprechen, hat man vor fünfzehn Jahren noch nicht erwarten können. Das Wirtschafts- und Sozialwort hat aber deshalb Überzeugungskraft gewonnen, weil die Intensität des biblischen Bezugs gerade in dieser Denkweise so deutlich ist.

HK: Welche Auswirkungen könnte diese Entwicklung auf die Theologie und speziell die theologische Ethik haben? Gibt es hier nicht doch auch noch einigen Nachholbedarf?

Huber: Die wissenschaftlich-theologische Begleitung der öffentlichen Äußerungen der Kirchen oder der anderen Formen, in denen die Kirche öffentliche Verantwortung wahrnimmt, ist – zumindest für den evangelischen Bereich kann ich dies sagen – in den letzten Jahrzehnten nicht zureichend gewesen; und ich glaube, auch auf katholischer Seite gibt es

da Defizite. Auch der evangelisch-katholische Dialog über sozialetische Fragen ist in den letzten Jahrzehnten nicht intensiv genug geführt worden. Im deutschsprachigen Bereich hatten wir in der katholischen wie in der evangelischen Theologie und theologischen Ethik relativ geschlossene Diskussionszusammenhänge. Heute herrscht die Überzeugung vor, daß Konfessionsgrenzen keine Grenzen des wissenschaftlichen Austauschs sein dürfen. Dieser Lernprozeß muß durch solche gemeinsamen Äußerungen der Kirchen verstärkt werden. Dabei ist es aber auch nötig, einen Prozeß der Nacharbeit nach der Veröffentlichung der Worte zu organisieren. Es können nicht einfach Stellungnahmen „in die Welt gesetzt“ werden. Zu den von den Kirchen organisierten und angestoßenen Diskussionsprozessen gehören vielmehr die Prozesse der Rezeption und Verarbeitung notwendigerweise hinzu. Daher ist es unerlässlich, daß sich die Kirchen noch mehr darum kümmern, was mit ihren Äußerungen nach der Veröffentlichung geschieht.

HK: Wenn es dazu ebenso notwendig ist, daß sich die Kirchen thematisch konzentrieren und nicht der Versuchung erliegen, zu allem etwas sagen zu wollen – welches wären für Sie die Schlüsselthemen, zu denen die Kirchen sich äußern müssen, wollen sie ihrem spezifischem Auftrag und ihrer Kompetenz gerecht werden?

Huber: Zunächst sind die Kirchen überall dort bei ihrer eigenen Sache, wo es um Grundfragen menschlichen Lebens im Verhältnis zu Gott, zu sich selbst und zur Mitwelt geht. Sie müssen sich immer dort zu Wort melden, wo Fragen unserer Gegenwart zureichend nur beantwortet werden können, wenn diese Grunddimensionen menschlichen Lebens mit in den Blick genommen werden. Insofern ist es richtig und wichtig, daß bio- und gentechnische Kernfragen, das Verhältnis der Generationen und der Geschlechter zueinander sowie Fragen der Arbeitswelt und die wirtschaftliche und soziale Lage in Deutschland von den Kirchen behandelt werden. Ebenso wichtig ist aber auch, daß sich die Kirche zum Mund der Stummen, zur Fürsprecherin der Sprachlosen, zur Anwältin der An-den-Rand-Gedrängten macht. Deswegen ist es beispielsweise richtig, daß sich die Kirchen dem Phänomen der Migration als einer der grundlegenden Herausforderungen unserer Gesellschaft stellen. Es bleibt zu hoffen, daß es künftig in noch überzeugenderer Weise gelingt, beide Gesichtspunkte auch aufeinander zu beziehen: die Auskunfts-fähigkeit über das, was menschliches Leben wirklich menschlich macht und die Parteinahme für die Schwachen.

HK: Diese thematische Konzentration allein garantiert den Kirchen noch nicht, daß sie auch gehört werden, wenn sie sich zu Wort melden. Wie steht es denn heute um die Möglichkeiten der öffentlichen Einflußnahme der Kirchen?

Huber: Diese Frage muß noch einmal geweitet werden: Wie lassen sich ethische Überlegungen und Fragen der kulturellen Tradition überhaupt zur Geltung bringen in einer gesellschaftlichen Situation, die in hohem Maße durch wirtschaftliche Sachzwänge und Entscheidungsmechanismen geprägt

ist? Anders formuliert heißt gegenwärtig die zentrale Frage: Wieviel ist uns unser kulturelles Paradigma in einer Zeit der wirtschaftlichen Globalisierung wert? Hier besteht Diskussionsbedarf; in dieser Zuspitzung ist die Frage bisher viel zu wenig diskutiert worden.

HK: Muß es nicht genuine Aufgabe auch der Kirchen sein, gerade auf diese Diskussion zu drängen?

Huber: Die Kirchen müssen sich an dieser Diskussion beteiligen. Und zwar nicht in einer vorwurfsvollen Attitüde, sondern mit dem Hinweis, daß man nicht auf der einen Seite der Eigengesetzlichkeit wirtschaftlicher Prozesse wegen bestimmte Werthaltungen aushebeln und andererseits im gleichen Atemzug beklagen kann, daß diese Werte zerfallen. Die innere Widersprüchlichkeit dieser Haltung muß aufgedeckt werden. Markt und Wettbewerb sind notwendige wirtschaftliche Prinzipien. Sie bleiben aber nur so lange humanverträglich, wie sie in ihrer Reichweite beschränkt bleiben. Es geht also nicht um ein spezielles Problem der Kirchen, die Frage nämlich, ob sie überhaupt noch Einfluß auf die Öffentlichkeit haben. Es geht vielmehr um die weiterreichende Frage, ob wir über die notwendigen Mechanismen verfügen, um ethische und politische Rahmensetzungen für das wirtschaftliche Handeln und die wirtschaftliche Entwicklung einschärfen und durchsetzen zu können. Dazu kommt natürlich das Problem, daß die wirtschaftlichen Prozesse immer stärker internationalisiert, die Rahmensetzungen aber nationalstaatlich oder regional definiert werden. Diese Asymmetrie schlägt durch bis hin zu der Frage, was eigentlich passiert, wenn sich die Kirchen zur wirtschaftlichen und sozialen Lage in Deutschland oder zu den Entwicklungen im Medienbereich äußern.

„Die öffentliche Rolle der Kirchen versteht sich nicht mehr von selbst“

HK: Mit nur ziemlich kurzen Ruhepausen mußten sich die Kirchen in jüngster Zeit beim Kreuzifixurteil des Bundesverfassungsgerichts, bei der Abschaffung des Buß- und Bettages als Feiertag im Rahmen der Einführung der Pflegeversicherung, in der Diskussion über die Abtreibungsgesetzgebung und nicht zuletzt in den Auseinandersetzungen über die Einführung von LER auf öffentlichem Terrain behaupten, verteidigen und rechtfertigen. Eine Grundsatzdebatte über die Stellung der Kirchen in der Öffentlichkeit, in Staat und Gesellschaft scheint anzustehen oder doch zumindest von verschiedenen Seiten gewünscht zu sein. Welche Konsequenzen müssen die Kirchen aus diesen jüngsten Auseinandersetzungen ziehen?

Huber: Wir haben tatsächlich innerhalb ganz kurzer Zeit quasi eine Reihe von Fallstudien gehabt, die Auskunft geben können zu der Frage, wie die öffentliche Rolle der Kirchen in unserer Gesellschaft wahrgenommen wird. Eine Erkenntnis stand dabei im Zentrum: Diese öffentliche Rolle der

Kirchen versteht sich nicht mehr einfach von selbst. Sie muß ausdrücklich verständlich gemacht werden, wenn sie akzeptiert werden soll. Die Kirchen können nicht mehr einfach aus dem Fundus heraus leben, daß ihre öffentliche Autorität quasi automatisch angenommen wird. Ihre Äußerungen werden geprüft, kritisch und kontrovers diskutiert; und wenn sie sich durch ein spezifisches Profil, durch argumentative Kraft sowie durch Situationsgemäßheit auszeichnen, können sie auch etwas bewirken. Unter diesem Gesichtspunkt waren die jüngsten Debatten durchaus auch hilfreich, indem sie zur Klärung beigetragen haben.

HK: Teilweise hat man kirchlicherseits diese Auseinandersetzung weniger optimistisch einfach nur als Ausdruck der immer weiter schwindenden politischen und gesellschaftlichen Einflußmöglichkeiten interpretiert; man fühlte sich stark in die Defensive gedrängt...

Huber: Nicht die öffentliche Resonanz der Kirchen hat abgenommen, sondern ihre Selbstverständlichkeit. Die Kirchen sind keineswegs daran gehindert, wenn ihnen eine Sache wichtig ist, mit guten Gründen für sie einzustehen. Sie können auch angemessene Resonanz finden. Nur werden sie nicht mehr nur als Hüterinnen der Tradition betrachtet. Durchaus aber wird ihnen zugetraut, Innovationsprozesse auslösen und kritisch Korrekturen einfordern zu können. Eigentlich läßt sich also von einem Gewinn in der öffentlichen Stellung der Kirchen sprechen.

HK: Nimmt man demnach, wo über den Verlust an Einflußmöglichkeit geklagt wird, zu sehr die besondere politische und gesellschaftliche Bedeutung der Kirchen in den ersten Jahrzehnten Nachkriegsdeutschlands zum Maßstab?

Huber: Das spielt sicher eine Rolle. Im Westen Deutschlands sind die beiden großen Kirchen nach dem Krieg in eine Lage gekommen, die unter den Bedingungen moderner Industriegesellschaften außerordentlich war und ist. In gewisser Weise gelangen wir jetzt in die „Normalsituation“, wobei diese Entwicklung sich im Grunde seit 1968 angebahnt hat. Dazu kommt nun noch die Tatsache, daß in einem Teil Deutschlands mehr als zwei Drittel der Bevölkerung konfessionslos sind und dies auch für einen völlig normalen Zustand halten. Für jemanden, der in Westdeutschland lebt, bleibt das immer noch eine höchst ungewöhnliche Situation, die nur relativ schwer nachzuvollziehen ist.

HK: Wird sich dies nicht doch in absehbarer Zeit ändern, angesichts der hohen Austrittsraten, mit denen beide Kirchen auch im Westen zu kämpfen haben?

Huber: Es wird weiterhin für Westköpfe schwer vorstellbar bleiben, daß Konfessionslosigkeit ein Merkmal traditionsbestimmter Sozialisation sein kann. Dies ist im Osten Deutschlands aber mittlerweile der Fall. Die Wahrscheinlichkeit, daß jemand, der im Osten in einer konfessionslosen Familie aufgewachsen ist, auch konfessionslos bleibt, ist derzeit höher als die Wahrscheinlichkeit, daß jemand, der im Westen in einer katholischen Familie aufgewachsen ist, auch katholisch

bleibt. Die Konstanz, in der Konfessionslosigkeit über Generationen hinweg weitergegeben wird, ist enorm. Dies aber bestimmt exakt die Situation, unter der wir als Kirche unsere missionarische Aufgabe neu begreifen müssen – eine denkbar schwierige Konstellation. Diese Konstellation bildet auch den Hintergrund, vor dem erst der LER-Streit richtig verstanden und gewürdigt werden kann.

„Nur LER ist keine zureichende Antwort“

HK: Die Kirchen scheinen sich dabei im Spagat zu befinden: Auf der einen Seite möchte man dieser Situation gerecht werden, andererseits versucht man verständlicherweise gerade in einer solchermaßen unsicheren Lage auf Altbewährtes zurückzugreifen. Wo läge der richtige Weg?

Huber: Wir sind als Kirche verpflichtet, unsererseits einen Vorschlag zum Thema Religionsunterricht an öffentlichen Schulen zu unterbreiten, der dieser Situation adäquat ist. Wir können nicht einfach fordern, das Modell der alten Bundesländer auf die neuen zu übertragen, weil sich dieses so gut bewährt hat. Als erstes müssen die Kirchen die Situation überhaupt erst einmal ernst nehmen und dann ein Modell entwickeln, das dieser gerecht wird. Dabei mußten wir feststellen, daß es zwar redlich und richtig war, auch auf seiten der Politik eine Antwort auf die spezifische Konstellation im Osten zu suchen. Nur LER ist keine zureichende Antwort. Wir haben unsererseits vorgeschlagen, einen Wahlpflichtbereich mit der Fächergruppe Ethik – Religion zu schaffen. Wirklich ärgerlich ist, daß die Diskussion zu einem frühen Zeitpunkt so fixiert war, daß unser Vorschlag nicht einmal mehr diskutiert wurde.

HK: Zeigt aber dann nicht gerade die Debatte um LER, daß die Kirchen im Osten und im Westen doch noch bei recht unterschiedlichen Ausgangspunkten ansetzen müssen? Wie stellt sich dies in Berlin dar, der herausragenden Schnittstelle zwischen Deutschland-Ost und Deutschland-West?

Huber: Mir kommt es immer darauf an, deutlich zu machen, daß die skizzierte Situation im Osten Auswirkungen auch auf das gesellschaftliche Klima in Deutschland insgesamt hat. Man kann dieses Klima nicht mehr auf ein Gebiet östlich der Elbe beschränken, die Zeiten sind vorbei. In diesem Sinn hat der Prozeß der Wiedervereinigung eine gewisse Qualität erreicht, diese Entwicklungen sind nicht mehr regional isolierbar.

HK: Wenn sich die Kirchen in tagesaktuelle politische und gesellschaftliche Diskussionen einschalten, sind sie von außen wie auch aus den eigenen Reihen zunehmend mit dem Vorwurf konfrontiert, es gehe ihnen doch nur um Sicherung ihrer eigenen Privilegien und ihrer eigenen Macht. Wie können die Kirchen solchen Verdächtigungen entgegnetreten?

Huber: Zunächst hat es doch überhaupt nichts Illegitimes, wenn die Kirchen fragen, wie sie sich innerhalb der Gesell-

schaft artikulieren, wie sie ihre Gestaltungsmöglichkeiten erhalten und weiterentwickeln können. Von daher hat die Diskussion um Privilegien und Machterhalt häufig auch etwas Unaufrichtiges. Gerade im evangelischen Bereich haben wir dringenden Bedarf, unsere Diskussion über Macht zu entdämonisieren. Menschliches Handeln hat immer mit Macht, mit der Möglichkeit zu gestalten zu tun. Die entscheidende Frage dagegen heißt, ob die Inanspruchnahme solcher Gestaltungsmöglichkeiten in sich legitim, ob sie im Auftrag der Kirche begründet ist. Ebenso müssen die Gestaltungsformen, zu denen die Kirche greift, verantwortbar sein und in Treue zum Evangelium stehen. Die Privilegien-debatte aber muß so geführt werden, daß geklärt wird, ob eine bestimmte Gestaltungsmöglichkeit, über die eine Kirche verfügt, nur noch historisch begründet werden kann oder ob sie im Blick auf die gegenwärtige Situation, im Blick auf die Aufgabe der Kirche und im Blick auf die gültigen Regeln gesellschaftlichen Zusammenlebens sinnvoll und überzeugend ist.

„Viele Begabungen und Potentiale bleiben ungenutzt“

HK: Gerade aber auch in der Auseinandersetzung um die Einführung von LER wurde doch den Kirchen immer wieder die Angst um den Privilegienverlust vorgeworfen...

Huber: Man hat dabei beispielsweise den Artikel 7 des Grundgesetzes als ein historisch bedingtes Privileg bezeichnet. Bei genauem Hinsehen aber stellt dieser Artikel die weise Antwort auf zwei verschiedene Herausforderungen dar, denen sich der Staat in der Schule stellen muß: Auf der einen Seite ist er Schulträger und muß als Staat weltanschauliche und religiöse Zurückhaltung üben. Andererseits organisiert er damit den Bildungsauftrag der Gesellschaft. Der Bildungsauftrag der Schule aber bleibt reduziert, wenn die religiöse und ethische Dimension des Lebens nicht vorkommt. Beide Aufgaben muß der Staat als Schulträger zusammenbringen. Der Gedanke, daß Religionsunterricht in der Schule als ordentliches Unterrichtsfach verankert ist, daß er aber nach den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt wird, ist und bleibt eine sehr weise Antwort auf diese Doppelaufgabe. In den neuen Bundesländern muß der weltanschaulichen und religiösen Situation entsprechend dieses System weiterentwickelt werden. Die Kirchen wären jedoch sehr schlecht beraten, wenn sie sich, beeindruckt von dem Vorwurf, es gehe ihnen doch nur um ihre Privilegien, dieser Mitwirkungsmöglichkeit begeben würden.

HK: Müssen sie sich dann nicht doch auch fragen lassen, ob sie gerade im aktuellen Fall Religionsunterricht in ihrer Argumentation ausreichend transparent und überzeugend waren?

Huber: Die Kirchen müssen sicherlich überzeugender in der Begründung, aber auch selbstkritischer gegenüber der kon-

kreten Gestaltung werden. Man muß auch von außen merken können, ob die Kirchen verstanden haben, daß der Religionsunterricht in seiner faktischen Gestalt nicht immer überzeugend ist. Die Erfahrungen, die wir im gemeinsamen Vorgehen beider Kirchen zu anderen Themenbereichen gesammelt haben, sollten wir nun auch auf die Diskussion über den Religionsunterricht anwenden. Nur darf die kirchliche Selbstkritik an diesem Punkt nie Anlaß werden, sich aus der Schule zurückzuziehen.

HK: Wird heute über die öffentliche Verantwortung der Kirchen diskutiert, zeigen sich keineswegs nur die Grenzen, die die säkulare und plurale Gesellschaft dem gesellschaftlichen und politischen Engagement der Kirchen setzt. Wie weit reichen überhaupt noch die kirchlichen Ressourcen selbst für einen solchen Beitrag? Ist nicht gerade auch die kirchliche „Basis“ mit dem Verweis auf die unverzichtbare öffentliche Verantwortung der Kirchen vielfach überfordert?

Huber: Wenn immer alles von den gleichen Leuten in der Kirche gemacht wird, und wenn derselbe kleine Kreis sowohl die Strukturprobleme der Kirche lösen als auch die öffentliche Verantwortung der Kirchen wahrnehmen soll, muß zwangsläufig so etwas wie eine Überforderung eintreten. Es gibt sie zahlreich, die Christinnen und Christen, die sich um der Kirche willen überlasten. Die Botschaft vom Erbarmen Gottes sollte auch für die in der Kirche Engagierten gelten.

HK: Wird sich dieses Überlastungsproblem aber nicht eher noch mit weiter abnehmender Kirchenbindung verschärfen?

Huber: Wenn wir stärker darauf achten, wie viele Begabungen und Potentiale in unseren Kirchen ungenutzt bleiben, ergibt sich eine andere Perspektive. Die katholische und die evangelische Kirche in Deutschland umfassen immer noch jeweils etwa 28 Millionen Menschen. Kirchen dieser Größe müssen doch das Potential in sich bergen, eine hoch kompetente und überzeugende Diskussion zur wirtschaftlichen und sozialen Lage, zur Migrationsproblematik, zur Gestaltung der Medienwelt oder zum Problem der pränatalen Diagnostik zunächst einmal auch in der Kirche selbst führen zu können. Nur muß die Kompetenz, die in den Kirchen durchaus vorhanden ist, auch in Anspruch genommen werden. Die Mediziner, die Mitglieder in unseren Kirchen sind, müssen auch als Christenmenschen in Anspruch genommen werden und nicht nur als Mediziner, die von der Kirche befragt werden. Gewerkschafter und Unternehmer, die Mitglieder unserer Kirchen sind, müssen als Christenmenschen in die Diskussion einbezogen werden. Vor allem muß man von der Vorstellung Abschied nehmen, eine öffentliche Stellungnahme der Kirche sei erst dann erfolgt, wenn sich ein Bischof geäußert hat. Auch in der katholischen Kirche gibt es dafür ja durch den Verbandskatholizismus einen wichtigen Anknüpfungspunkt. Auf evangelischer Seite haben wir die große, aber weithin verschüttete Tradition des freien Protestantismus. Solche Traditionen müssen unter den veränderten Bedingungen wieder aktiviert werden. Kirchentage und Katholikentage

sind eindrucksvolle Hinweise auf dieses ungehobene Potential in den Kirchen selbst.

HK: Ist die Furcht vor einer Überforderung und Überlastung demnach übertrieben?

Huber: Es bleibt zwar wichtig, daß die Kirchen nicht zuviele Themen gleichzeitig anpacken sollten, auch weil sonst die Konzentration der Öffentlichkeit auf die Äußerungen der Kirche nicht nachhaltig sein kann. Wenn wir uns aber von der Vorstellung lösen können, daß erst dann im Namen der Kirche gesprochen wird, wenn ein bestimmtes enges Milieu zur Sprache gekommen ist, und wenn wir als Kirche in diesen Äußerungen mutiger werden im Vertrauen auf Gott,

müssen wir vor Überforderung keine Angst haben. Es kann aber vor allem keine Rede davon sein, daß die Kirche nur dann bei ihrer eigenen Sache ist, wenn sie sich um die eigenen Strukturen bemüht, daß sie dagegen Allotria treibt, wenn sie sich zu Fragen des gesellschaftlichen Zusammenlebens äußert. Im Augenblick beschäftigen wir uns in der Kirche in jedem Fall zuviel mit unseren eigenen Strukturen, weil bestimmte Strukturfragen zulange verschleppt wurden. Die Kirche Jesu Christi aber ist von ihrem Kern her offene und öffentliche Kirche. Wenn sie sich mit öffentlichen Fragen beschäftigt, handelt es sich nicht um Zusätzliches, sondern um etwas, was mit ihrem genuinen Auftrag unmittelbar verbunden ist.

Weder Schuld noch Schande

Zwischenbilanz zur Diskussion über homosexuelle Priester

Mit einem Beitrag zu „Homosexualität und geistliche Berufe“ – veröffentlicht in den „Stimmen der Zeit“ (Oktober 1996) – hat der Augsburger Pastoraltheologe Hanspeter Heinz eine breite und mitunter hochemotionalisierte Debatte innerhalb der katholischen Kirche in Deutschland ausgelöst. Im Folgenden zieht er nun knapp ein Jahr später eine Zwischenbilanz zu dieser Diskussion und klärt angesichts von Mißverständnissen erneut die eigene Position und Intention.

Bestimmte kirchliche und theologische Reizthemen bedürfen einer besonders vorsichtigen Behandlung, weil sie zum einen innerkirchlich zu falschen Gegenpositionen führen, zum andern weil sie sich leicht von außen her gegen die Kirche ausspielen lassen. Das Thema Homosexualität und insbesondere „Homosexualität und geistliche Berufe“ birgt beide Gefahren in sich.

Man wird jedoch der Frage noch weniger gerecht, wenn man sie verschweigt. Gesamtgesellschaftlich sind die Homosexuellen – schon die Bezeichnung ist schwierig und immer schon mit Vorurteilen befrachtet – zahlenmäßig zwar eine Minderheit. In der Kirche können wir jedoch nicht so tun, als ginge es nur um eine Randgruppe. Schon die Fragen nach der Eignung für den pastoralen Dienst und der Eingliederung in geistliche Gemeinschaften zeigen, daß es nicht um ein kirchliches Nebenthema geht. Vor allem aber steht die Auseinandersetzung immer unter dem Vorzeichen, daß eine Schicksalsfrage konkreter Menschen verhandelt wird.

Die Tabuisierung dieses Themas hat durchaus auch eine skandalöse Dimension: Bei Fernsehsendungen über homosexuelle Priester werden Stimme, Gesichter und Hände von Betroffenen nur verzerrt wiedergeben, damit sie nicht identifizierbar sind. So stellt man in den Medien heutzutage sonst nur Sittlichkeitsverbrecher und Mafiosi dar! Wo ein solches Klima der Angst herrscht, daß sich Menschen in der (Me-

dien-)Öffentlichkeit nur mit elektronischer Maskierung zeigen lassen, wird gegen die Menschenwürde verstoßen.

Totschweigen ist eine schlimme Art von Diskriminierung, weil sie Menschen ihren Namen, ihr Gesicht, ihr Ansehen nimmt. In jedem Fall hat die öffentliche Diskussion der letzten Monate trotz manch verletzender Stimmen wesentlich dazu beigetragen, dieses Tabu zu brechen – zunächst zu Gunsten der homosexuellen Priester, aber auch zu Gunsten der homosexuellen Minderheit in unserer Bevölkerung, die keine Randgruppe bleiben darf, die sich verstecken muß. Das betont auch der Katechismus der Katholischen Kirche, Nr. 2358: „Eine nicht geringe Anzahl von Männern und Frauen sind homosexuell veranlagt. Sie haben diese Veranlagung nicht selbst gewählt; für die meisten von ihnen stellt sie eine Prüfung dar. Ihnen ist mit Achtung, Mitgefühl und Takt zu begegnen. Man hüte sich, sie in irgend einer Weise ungerecht zurückzusetzen.“ Diese generelle Weisung muß auch auf die homosexuell veranlagten Mitbrüder angewandt werden.

Sicherlich besteht beim Thema Homosexualität weiterhin Klärungsbedarf. In der humanwissenschaftlichen Auseinandersetzung gibt es dabei ebenso Lücken wie in der Theologie, die neuere humanwissenschaftliche Ergebnisse erst noch zu verarbeiten hat. Aber trotzdem muß man schon jetzt der betroffenen Gruppe unter Priestern und Ordensleuten im gegenwärtig möglichen Maß beistehen.